

Antrag

der Fraktion der DVU

Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Brandenburger Wirtschaft

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zu seiner Sitzung am 17./18. Dezember 2008 einen Bericht über die Auswirkungen der internationalen Krise auf den Finanzmärkten auf die Brandenburger Wirtschaft zu erstatten.

Inhalte dieses Berichtes sollen unter anderem sein:

- Entwicklungsprognose der Brandenburger Wirtschaft (branchen- und regionenbezogen) sowie des Bruttoinlandsproduktes in Brandenburg für die nächsten 10 Jahre;
 - Risikoprognose aufgrund der internationalen Finanzkrise für die Brandenburger Wirtschaft für die nächsten 10 Jahre;
 - geplante bzw. in Vorbereitung befindliche Risikoabsicherungsmaßnahmen der Landesregierung sowie der ZAB und der ILB sowie der Bürgerschaftsbank Brandenburg.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Abwendung von Liquiditätsrisiken für die Brandenburger Wirtschaft zusätzliche Landesprogramme aufzulegen bzw. bestehende zu erweitern.

Insbesondere soll die Landesregierung ein neues Liquiditätsprogramm auf Zuschussbasis für KMU's auflegen.

Der Brandenburg-Kredit der ILB soll um eine weitere Komponente zur Risikoabsicherung für KMU's erweitert werden.

Zusätzlich soll ein weiterer revolvingender Risikokapitalfonds zur Absicherung von Liquiditätsrisiken aufgrund der internationalen Finanzkrise für Brandenburger Firmen aufgelegt werden.

Über die genannten liquiditätssichernden Maßnahmen berichtet die Landesregierung dem Landtag ebenfalls in der Sitzung am 17./18. Dezember 2008.

Begründung:

Die internationale Finanzkrise bedroht zunehmend kleine und mittelständische Firmen – insbesondere auch KMU's in Brandenburg mit ihrer extrem geringen Eigenkapitaldecke.

Die Bundesregierung geht für 2009 von einem deutlich geringeren Wirtschaftswachstum als den bisher geschätzten 1,2 % aus.

Da gerade hier in Brandenburg mit seiner zu 98 % mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur, der minimalen Eigenkapitalquote der Brandenburger KMU's und der nur mehr auf sogenannte „Wachstumsbranchen“ in sogenannten „Wachstumskernen“ aufgelegten Förderpolitik das Kredit- und damit Liquiditätsrisiko der kleinen und mittelständischen Firmen in Brandenburg besonders hoch ist, ist es Aufgabe einer verantwortungsbewussten Landesregierung, rechtzeitig Vorsorge zu treffen, um die Folgen der internationalen Finanzkrise auf die Brandenburger Wirtschaft so gering wie möglich zu halten.

Außerdem ist es zwingend notwendig, den Landtag als Legislative und Kontrollorgan dauernd und umfassend zu unterrichten und damit in die Risikovorsorgepolitik der Landesregierung einzubeziehen.

Für die Fraktion der DVU

Liane Hesselbarth
Fraktionsvorsitzende